Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Problemfall der Demokratie
2. Jetzt will VDL auch noch Taiwan schützen
3. Der Aufklärer Lauterbach wurde ganz schnell zum Täuscher
4. Trübe Stimmung in der bayerischen Metall- und Elektroindustrie
5. Milliardenmoratorium läuft aus: Jetzt wird die Ukraine zur Kasse gebeten
6. Gesamtmetall-Chef Wolf: Rente mit 70 bei Bürojobs zumutbar
7. Berliner Hausarzt über Corona-Aufarbeitung: „Stellt sich die Mainstream-Medizin dumm?“
8. Chinas „Überkapazitäten“
9. Krieg wird mit Lügen gemacht
10. Ein Schnäppchen – für den Hersteller
11. Noch nie wurden so viele fossile Rohstoffe gefördert wie 2023
12. EU admits it has hypocritical ‘double standards’ on Israel, Ukraine, Iraq, climate change
13. Der Wissenschaftsjournalismus ist tot – Plädoyer für ein Revival
14. Döpfner mit dem Rücken zur Wand
15. Veranstaltungshinweis

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Problemfall der Demokratie**
   Erfahrungen mit dem bundesdeutschen Inlandsgeheimdienst, seinem unkontrollierbaren V-Leute-System und seiner Skandalgeschichte (Teil 1).
   Nun könnte es passieren, dass der folgende Beitrag und vor allem seine Veröffentlichung in der jungen Welt mich erneut ins Visier des VS rücken – wegen »nachdrücklicher Unterstützung« einer als »gesichert linksextremistisch« eingestuften Tageszeitung; und womöglich auch inhaltlich wegen »verfassungsschutzrelevanter Delegitimierung« des VS als »Sicherheitsorgan« des Staates. Nun ja, ich gehe das Risiko ein, bevor die Schere im Kopf obsiegt … und wünsche allseits erkenntnisreiche Lektüre, besonders auch in den geheimdienstlichen Amtsstuben der Nation.

Der bundesdeutsche Inlandsgeheimdienst »Verfassungsschutz« befindet sich trotz seines notorisch schlechten Images seit geraumer Zeit wieder im politischen und massenmedialen Aufwind – vor allem wegen seiner verstärkten Fokussierung auf »Rechtsextremismus«, auf AfD und Co. Denn nun trifft es ja endlich die »Richtigen«, wie auch angeblich mit dem neuen, schwer eingrenzbaren Beobachtungsbereich der »verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates«. Doch was davon wirklich zu halten ist und ob damit die erfahrungsgesättigte Kritik an diesem Geheimdienst etwa obsolet geworden ist, davon handelt dieser Beitrag.
Quelle: Rolf Gössner in junge Welt

und: **Behörde abschalten**
Dieser Beitrag beruht im Kern auf Artikeln, Expertisen und Vorträgen, die der Autor in den vergangenen Jahren erarbeitet hat. Er konzentriert sich auf die strukturellen und methodischen Vorgaben und Probleme des VS, die er einer grundsätzlichen Kritik unterzieht, sowie auf die daraus resultierende VS-Skandalgeschichte. Deshalb wird er leider all jenen Verfassungsschützern nicht gerecht, die trotz oder gar in Opposition zu dieser grundsätzlichen Bürde versuchen, ihren Auftrag angemessen und grundrechtskonform zu erfüllen. Zudem fehlen in dem Text auch mögliche positive Leistungen und »Erfolge« des VS, die jedoch – das ist das systembedingte Los dieses Geheimdienstes – schon aus Geheimhaltungsgründen vielfach weitgehend im Verborgenen bleiben müssen – zu Lasten von Nachweisbarkeit und Glaubwürdigkeit.
Quelle: Rolf Gössner in junge Welt

2. **Jetzt will VDL auch noch Taiwan schützen**
   Für die Ukraine will EU-Queen von der Leyen eine “europäische Verteidigungsunion” aufbauen. Doch ihre geopolitischen Ambitionen gehen noch weiter – bis in den Indopazifik.
   In ihrem Regierungsprogramm (“Political Guidelines”) kündigt die ehemalige Verteidigungsministerin an, Taiwan zu schützen und China von einer möglichen Invasion “abzuschrecken”.
   Taiwan liegt zwar nicht in EUropa , aber neuerdings gehört auch der Indopazifik zu den Schwerpunkten der “geopolitischen” EU-Kommission.
   Als Partner hat VDL Japan, Korea, Neu Seeland und Australien auserkoren. Rein zufällig sind es dieselben, mit denen auch die US-geführte Nato ihren Einfluß in der Region ausbauen will […]
   Quelle: Lost in EUrope
3. **Der Aufklärer Lauterbach wurde ganz schnell zum Täuscher**
   Der Gesundheitsminister inszeniert sich als Chefaufklärer der Maskendeals seines

Vorgängers Jens Spahn. Dabei hat das Ministerium auch unter Lauterbach jahrelang gemauert. (…)
Zweieinhalb Jahre ist Lauterbach nun Minister, tatsächlich hat er in der Frage, warum sein Haus unter Spahn grotesk viele Masken beschafft hat, so gut wie nichts aufgeklärt. 5,7 Milliarden Masken hatte Spahn eingekauft; 1,2 Milliarden sind davon schon ungenutzt in der Müllverbrennung gelandet, mindestens 1,7 Milliarden werden folgen. Eine beispiellose Verfeuerung von Steuergeldern. Und weil beim Landgericht Bonn noch rund 100 Klagen anhängig sind, von Händlern, die der Bund auf ihren Masken sitzen ließ, droht weiterer Schaden für den Fiskus. (…)
Auch das Kölner Urteil kann Lauterbach kaum überrascht haben; es bestätigt nämlich im Grunde nur das Urteil des Landgerichts Bonn in erster Instanz. Zur Erinnerung: Vorgänger Spahn hatte sich in einer Irrsinnsaktion namens »Open-House-Verfahren« verpflichtet, beliebig viele Masken aufzukaufen, für üppige 4,50 Euro pro Stück; binnen Tagen wurde er mit Angeboten überflutet. Die Bedingung des Bundes: Die Ware musste bis zum 30. April 2020 abgeliefert werden. Was in Köln nun die Frage aufwarf, ob der Bund, der die Maskenlawine stoppen wollte, die Geschäfte platzen lassen durfte, wenn Masken – oder das Angebot, untaugliche Masken zu ersetzen – erst später kamen. (…)
Umso mehr muss sich Lauterbach fragen lassen, warum er nicht schon vor zweieinhalb Jahren mit der großen Aufklärung angefangen hat, die er jetzt ankündigt. Am Ende seiner jüngsten Erklärungen fällt selbst bei Erklärtalent Lauterbach die Maske, und die Schneise der Logik verliert sich im Dschungel des Widerspruchs. Er wolle jetzt aufklären, aber den Schaden für den Bund in den Prozessen möglichst klein halten. Schwer vorstellbar, dass beides geht: schonungslose Aufklärung, wie man es vom Bund und seinem Minister erwarten darf. Und gleichzeitig der Versuch, sich möglichst billig vor Gericht herauszulavieren – so wie bisher. Wofür er sich im Zweifel entscheiden will, hat Lauterbach noch nicht erklärt.
Quelle: Spiegel

Anmerkung Christian Reimann: *Na sowas, Kritik am von den Medien gemachten Minister. Es geht also doch – bitte mehr davon und nicht lediglich, wenn Masken das Thema sind.*

4. **Trübe Stimmung in der bayerischen Metall- und Elektroindustrie**
   Laut einer Umfrage des Arbeitgeberverbandes bewerten viele Unternehmen ihre momentane Lage bei weitem nicht so wie im letzten Herbst. Fast jedes zweite Unternehmen stuft sie inzwischen schlecht ein. Der Anteil der Firmen mit einem Rückgang bei der Produktion hat sich verdoppelt. Das trifft vor allem die Standorte im

Inland und weniger die im Ausland. Der Verband korrigiert seine eigene Prognose vom Herbst: Statt Stagnation rechnet er nun mit einem Minus von zwei Prozent im Jahresschnitt. In die Standorte im Inland investieren wollen nur noch neun Prozent der befragten Unternehmen. Mehr als ein Drittel dagegen will die Investitionen verringern. Und wenn sie Geld in die Hand nehmen, dann weniger um zu erweitern, sondern um Ersatz zu beschaffen. Etwas mehr Betriebe allerdings sind inzwischen bereit, Mittel für Innovationen aufzubringen. Da dürfte sich der ökologische und digitale Umbau bemerkbar machen. Die schlechte Stimmung macht sich auch bei der Personalplanung bemerkbar. Zurzeit kommt die Branche in Bayern auf rund 870.000 Beschäftigte. Der Fachkräftemangel ist zwar immer noch ein Problem. Aber immer öfter denken Betriebe auch an Kündigungen. In diesem Punkt korrigiert der Verband seine Prognose: statt mit 5.000 rechnet er in diesem Jahr mit 7.000 weniger Beschäftigten.
Quelle: BR

5. **Milliardenmoratorium läuft aus: Jetzt wird die Ukraine zur Kasse gebeten**
Private Gläubiger haben Angebot aus Kiew abgelehnt. Mehrere Staaten kürzen Zuwendungen. Schalte der Krieg aus finanziellen Gründen?
Die Ukraine sieht sich mit einer bedeutenden finanziellen Herausforderung konfrontiert: Ein zweijähriges Moratorium für Staatsanleihen im Wert von 20 Milliarden Dollar dem Ende zugeht. Die Regierung in Kyjiw muss demnächst wieder Zinszahlungen an private Gläubiger aufnehmen. Doch die Verhandlungen über eine Umschuldung sind bisher ohne Einigung geblieben.
Die wichtigsten Punkte sind, wie viel die Anleihegläubiger von ihren Investitionen opfern sollen und wie die Ukraine ihre begrenzten Ressourcen zwischen der Kriegsführung und dem Erhalt der staatlichen Dienste aufteilt.
Finanzlage der Ukraine angespannt
Fast das gesamte inländische Aufkommen der Ukraine fließt in die Kriegsfinanzierung. Finanzielle Unterstützung für soziale Dienste kommt von der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und dem Internationalen Währungsfonds (IWF).
Ein Hilfspaket der USA über 61 Milliarden US-Dollar, das im April genehmigt wurde, umfasst 7,8 Milliarden US-Dollar für den Staatshaushalt. Ukraines Finanzminister Serhiy Marchenko deutet an, dass diese Hilfe das Budget für dieses Jahr decken wird, warnt jedoch vor einem möglichen "zusätzlichen" Defizit von bis zu zwölf Milliarden US-Dollar für 2025, sollte der Krieg weiterhin in der aktuellen Intensität andauern.
Quelle: Telepolis
6. **Gesamtmetall-Chef Wolf: Rente mit 70 bei Bürojobs zumutbar**
Der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Wolf, hält eine Rente mit 70 für Menschen mit Schreibtischjobs für zumutbar.

Er sagte dem SWR, ein Fabrikarbeiter, der sehr hart arbeite, werde nicht bis 70 arbeiten können, jemand, der in einem Büro sitze, schon. Um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten, müsse wieder mehr gearbeitet werden und nicht weniger.
Forderungen nach einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich lehnte Wolf ab. Die Arbeitszeit von 35 Stunden in der Metall- und Elektroindustrie könne man nicht weiter senken, meinte er.
Quelle: Deutschlandfunk

7. **Berliner Hausarzt über Corona-Aufarbeitung: „Stellt sich die Mainstream-Medizin dumm?“**
   Vier Jahre nach dem Krieg und zeitgleich mit der Verkündung des deutschen Grundgesetzes wurde ich geboren. Heute, nach Jahrzehnten erfüllender hausärztlicher Tätigkeit kann ich zufrieden und dankbar auf eine Zeit anhaltenden Friedens und wachsenden Wohlstands zurückblicken, fernab von den vielen prekären Lebensräumen der Welt. Wenn ich in Richtung der Zukunft meiner Kinder schaue, beschleichen mich Trauer und Angst. Trauer wegen des Verlusts unbeschwerter Freiheit und Angst vor zunehmender Unvernunft.□□Ich schreibe, um meine Mitmenschen wachzurütteln für Fehlentwicklungen, vor allem im Gesundheitswesen. Gesundheit ist eine Grundlage, um kreativ in Freiheit zu leben. Sie war und bleibt mein Thema nach 47 Jahren ärztlicher Tätigkeit, einer medizinhistorischen Dissertation über die Rassenideologie und „Rassenhygiene“, Gremienarbeit in der kassenärztlichen Selbstverwaltung und literarischen Beiträgen.
   Mein kritischer Blick richtet sich auf das Denken, mit dem wir unser Leben gestalten und welches unser Moralempfinden prägt. Um die Zeit meines Abiturs lebten in den Köpfen der Erwachsenenwelt noch die Denkinhalte der Vergangenheit weiter. „Sie mit Ihrer Kopfform hätten das wissen müssen“, war beispielsweise eine gängige Floskel unseres Lateinlehrers.
   Quelle: Berliner Zeitung

   Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Dr. Erich Freisleben (inzwischen im Ruhestand) war lange mein Hausarzt. Ich habe erlebt, wie er aus den Erfahrungen mit den Corona-Impfungen (die damit verbundenen Nebenwirkungen) sehr schnell die richtigen Fragen gestellt und die Konsequenzen gezogen hat. Das unterscheidet ihn von vielen anderen (nicht nur niedergelassenen) Ärzten, die bei der Tagesordnung geblieben sind. Man sollte die finanziellen Anreize nicht unterschätzen. Es gab mit Corona-Impfungen eine Menge Geld zu verdienen.*

8. **Chinas „Überkapazitäten“**

Der Westen neidet China seinen ökonomischen Erfolg und seine Beliebtheit im globalen Süden — daher unterstellt er dem Land unlauteren Wettbewerb.
Das neueste Narrativ für das westliche Publikum lautet: China subventioniert seine Firmen derart, dass sie die Produktion beliebig ausweiten können, zu Dumpingpreisen „die Weltmärkte überschwemmen“ und „die gute, anständige Marktwirtschaft des freien Westens“ zerstören. Was im Westen schlicht „gute“ Exporte sind, sind bei China „böse“ Überkapazitäten. Der Autor nimmt in seinem Artikel eine Reihe von Doppelstandards auseinander und gewährt Einblicke in ein Land, über das viele reden, von dem aber nur wenige wirklich eine Ahnung haben. (…)
Schon die Jäger und Sammler tauschten, weil beide Seiten Überkapazitäten entwickelt hatten: Die einen zum Beispiel durch die Technik, Nüsse zu sammeln und zu lagern, die anderen darin, den Höhlenbär zu jagen und sein Fell zu verarbeiten. Clans hatten sich spezialisiert, konnten Effektivitätsgewinne erzielen, mussten aber tauschen.
Schon dabei ging es auch um dynamische Fähigkeiten. Der Begriff „(Über-)Kapazität“ hat bis heute neben der Bedeutung eines statischen Produktionspotentials, über den eigenen Bedarf hinaus, auch die Bedeutung der dynamischen Leistungsfähigkeit: „Capacity“, eine Fähigkeit zu zukünftiger Weiterentwicklung. (…)
Deutschland hatte sich zum wirtschaftlichen Hauptkonkurrenten des Hegemons entwickelt und wurde in den 2000ern und 2010ern, vor allem mit dem chinesischen Nachfrageboom nach 2008, noch einmal der wichtigste Exporteur der Welt. Der deutsche Höhenflug wurde erst mit Corona im Jahr 2022, dem nachfolgenden Krisenmodus der Weltwirtschaft und der Zerschlagung der eurasischen Wirtschaftsverflechtung mit Russland durch die USA für immer beendet.
Bis dahin war Deutschland Exportweltmeister. Mit einem Weltbevölkerungsanteil von 1,1 Prozent und einem Weltexportanteil von 7,3 Prozent im Jahr 2021 hatte es Überkapazitäten vom Faktor 6,6. Für die USA mit einem Weltbevölkerungsanteil von 4,3 Prozent und Exportanteil von 7,9 Prozent ist der Überkapazitäten-Faktor 1,8. China hat mit 18,5 Prozent und 15,5 Prozent einen Überkapazitäten-Faktor von 0,8! (…)
Mit dem aktuellen Entkopplungs- und Abschottungs-Schlag wird die Klimawende im Westen endgültig beerdigt. Denn sie wäre nur mit den hochentwickelten und preisgünstigen chinesischen Ökowende-Technologien überhaupt noch zu retten gewesen.
Quelle: Wolfram Elsner in Manova

9. **Krieg wird mit Lügen gemacht**
   Das Oberste Gericht der USA hat entschieden, dass Präsidenten Anspruch auf Immunität haben, wenn es sich um strafbare Handlungen im Amt handelt. Manche Medien zelebrieren Empörung. Es sei eine «Lex Trump», die den Mann vor

Strafverfolgung schützen solle. Dabei wird vergessen, wie viele Präsidenten der USA ihr Volk belogen und betrogen haben und dafür niemals vor Gericht kamen.
Als 1979 im zentralamerikanischen Nicaragua die Diktatur des Somoza-Clans durch einen Aufstand beendet wurde, sah die Regierung in Washington ein Problem in ihrem Einflussbereich. Der amerikanische Doppelkontinent wurde als natürlicher Machtbereich der USA betrachtet, seit Präsident James Monroe 1823 erklärt hatte, die ehemaligen europäischen Kolonialmächte hätten in Lateinamerika nichts mehr zu suchen. In dem Südkontinent geschah seit damals nichts ohne das Einverständnis Washingtons. Wenn ein Land nicht parierte, marschierten regelmäßig die US-Marines ein, setzten ungehorsame Regierungen ab und sorgten für Ordnung im Sinne des großen Nachbarn im Norden. Was in Washington meist sehr ehrlich als «Wahrnehmung amerikanischer Interessen» deklariert wurde.
Ronald Reagan, von 1981 bis 1989 Präsident der USA, bezeichnete die Sowjetunion als «Reich des Bösen». Er begann einen verdeckten Krieg gegen Nicaragua, um die Sandinisten-Regierung zu stürzen, in der er ein trojanisches Pferd des Kommunismus in Lateinamerika zu erkennen glaubte. Die Finanzierung einer konterrevolutionären Söldnertruppe – «Contras» genannt – wurde nie vom US-Kongress genehmigt. Der Krieg, den es offiziell nicht gab, wurde geheim finanziert durch Drogenhandel und Waffengeschäfte mit dem Iran.
Der Pilot Barry Seal unterhielt auf einem Flugplatz in Mena (Arkansas) eine Flotte von Transportflugzeugen, die Waffen für die «freedom fighters» nach Zentralamerika flogen. Auf dem Rückweg machten sie einen Umweg über Medellín in Kolumbien und luden Kokain und Crack (pasta básica). Barry Seal gilt als einer der erfolgreichsten Drogenschmuggler in der Geschichte. Der Straßenverkaufswert der von ihm eingeführten Drogen wurde von US-Behörden auf drei bis fünf Milliarden US-Dollar geschätzt. Seal handelte im Auftrag der CIA.
Quelle: Globalbridge

10. **Ein Schnäppchen – für den Hersteller**
Exklusive Designertaschen kosten ein kleines Vermögen. Das gilt etwa für die Tote Bag von Dior. Sie ist – so die Anzeige auf der Dior-Website – mit ihren klaren Linien zeitlos und modern zugleich und ein unverzichtbares Accessoire für den Alltag. Für rund 3000 Franken ist man dabei.
Doch geht es nicht billiger? Auf der Webplattform Fruugo erhält man die Tasche mit dem Schriftzug Christian Dior beispielsweise schon für 64 Franken. Als Marke steht dabei «Unbranded». Das deutet auf eine gefälschte Tasche aus China hin. Und solche werden viele im Netz angeboten, etwa von Replicataschen.de, hier für immerhin 390 Euro. […]
Doch ist eine solche Tasche allein wegen des Schriftzugs, der zum Beispiel auf der

Tote Bag von Dior aufgedruckt ist, wirklich so viel mehr Wert? Ein Prozess in Italien gegen den Hersteller der Luxustaschen von Dior kommt zu erstaunlichen Ergebnissen. Für Taschen, die im Einzelhandel Tausende von Franken kosten, zahlt Dior gerade einmal 53 Euro pro Stück an Subunternehmer. Das ist fast derselbe Preis, den Fruugo für eine gefälschte Tasche verlangt.
Quelle: Infosperber

11. **Noch nie wurden so viele fossile Rohstoffe gefördert wie 2023**
Statt den globalen CO2-Ausstoss zu reduzieren, wurde im Jahr 2023 so viel Öl, Kohle und Gas gefördert wie nie zuvor.
Die OECD-Länder haben es geschafft, ihren Primärenergieverbrauch im vergangenen Jahr um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu drücken. In der EU sank er um 2,5 Prozent – trotz E-Auto-Boom und Wärmepumpe. Pro Kopf nahm er laut dem Weltenergiereport 2024 gar um 1,9 Prozent (OECD) und 2,9 Prozent (EU) ab. Das klingt gut, ist aber leider kein Grund zum Feiern. Die globale Klima- und Energiestatistik, herausgegeben vom Branchenverband Energy Institute und den Beratungsfirmen KPMG und Kearney, zeichnet anhand sehr vieler Zahlen ein insgesamt düsteres Bild für die globale Energiewende.
Ausser «Corona-Delle» kaum Schritte in Richtung Nachhaltigkeit
2023 wurden so viele fossile Rohstoffe gefördert wie nie zuvor. Und die Emissionen aus der Energiegewinnung erreichten erstmals über 40 Gigatonnen CO2-Äquivalente. Hoffnungen, dass Staaten und Wirtschaft die Corona-Zwangspause nutzen würden, um grüner und nachhaltiger zu werden, haben sich nicht erfüllt. Die globalen Klimaemissionen entwickelten sich eher als Fortschreibung der Vor-Corona-Jahre. Der globale Energieverbrauch ist dabei zum zweiten Mal in Folge gestiegen, wenn auch nur um 2 Prozent. Damit war er 5 Prozent höher als vor der Covid-Pandemie 2019. Und noch nie wurde so viel Strom aus fossilen Rohstoffen erzeugt.
Quelle: Infosperber

12. **EU admits it has hypocritical ‘double standards’ on Israel, Ukraine, Iraq, climate change**
The European Union’s high representative for foreign affairs and security policy, Josep Borrell, has acknowledged that the West has hypocritical “double standards”.
Borrell argued that “diplomacy is the art of managing double standards”.
As examples of Western hypocrisy, the top EU diplomat cited international law, the Russia-Ukraine-NATO war, Israel’s bombing of Gaza, the US-led invasion of Iraq, and climate change.
“Wherever I go, I find myself confronted with the accusation of double standards”, Borrell recalled. “I used to say to my ambassadors that diplomacy is the art of managing double standards. Certainly, something difficult, but it is about [that]: to

manage double standards".
The EU foreign-policy chief made these remarks in a talk at Oxford University in May. The EU's diplomatic service published a transcript of his speech. (Some of the exact wording is slightly different in the transcript, as the website edited Borrell's comments to correct grammatical errors.)
Quelle: Geopolitical Economy

13. **Der Wissenschaftsjournalismus ist tot – Plädoyer für ein Revival**
Die Feier zum 50. Geburtstag des Schweizer Klubs für Wissenschaftsjournalismus (SKWJ*) kürzlich auf dem Rütli glich einer Abdankung. Der einst selbstbewusste Berufsstand ist am Verschwinden. Wer oder was aus Wissenschaft und Forschung in die grossen Medien kommt, bestimmen heute weitgehend die Kommunikationsabteilungen von Hochschulen, Behörden und forschungsintensiven Branchen. Diese Entwicklung (auch in Deutschland zu beobachten) gefährdet die unabhängige und kritische Debatte über eine gesellschaftlich existenzielle Thematik und letztlich auch die demokratische Kultur.
Wissenschaft fasziniert, Forschung macht Freude: Extrasolare Planeten lassen uns träumen vom ausserirdischen Leben, neue Medizintherapien schaffen Hoffnung für unheilbar Kranke, technische Innovationen beflügeln die Fantasien möglicher Zukunftswelten.
Doch Wissenschaft ist nicht wertfrei. Ihr Zauber kann verführen, ihr Glanz uns blenden. Daher gilt es, ihr nüchtern und besonnen entgegenzutreten. Erkenntnisse aus Forschungslabors, Versuchshallen und noch so prominenten Studien sind kritisch zu überprüfen, im Vergleich zu anderen Resultaten einzuordnen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen transparent aufzuzeigen. Diese Arbeit muss ein unabhängiger Wissenschaftsjournalismus leisten.
Denn Wissenschaft und Forschung sind mit vielfältigen Interessen verknüpft. […]
Quelle: Globalbridge

14. **Döpfner mit dem Rücken zur Wand**
Vorstand des größten BRD-Medienkonzerns verhandelt über dessen Zerschlagung. Der US-Finanzinvestor KKR will dabei möglichst viel abhaben.
Springer besitzt zwei hoch profitable und schnell wachsende globale Tochterkonzerne, die in »Classifieds Media« gebündelt sind: das Stellenportal Stepstone und die Immobilienbörse Aviv. Stepstone allein wurde 2021 auf sieben Milliarden Euro Aktienwert gewichtet und sollte ebenso an die Börse gebracht werden wie Aviv. Die beiden Unternehmen wären im Konzern geblieben. Vom Erlös hätte Springer seine Aktien von KKR zurückkaufen können. Das klappte aber trotz mehrerer Anläufe nicht, die Coronapandemie und danach der Ukraine-Krieg verdarben das Klima für Börsengänge nachhaltig. Eine Aufspaltung Springers und die Abtrennung des

Rubrikengeschäfts sind offenbar der Plan B. Döpfner befindet sich in einer prekären Lage. Die »Classifieds« sind deutlich profitabler als die »News Media«. Ihr Verlust würde den Finanzspielraum deutlich einschränken. Springer hat aber 2021 für Politico einen stark überhöhten Preis von 881 Millionen Euro bezahlt. Das war eine Wette auf die Zukunft: Das Vorhaben kann nur gelingen, wenn die Plattform in absehbarer Zeit erfolgreich an die Börse gebracht werden kann. Dazu muss sie sehr schnell wachsen und ihren Unternehmenswert steigern. Von 30 bis 50 Prozent war zwischenzeitlich die Rede, andernfalls werde das Ganze zum Flop. Vor diesem Hintergrund sind die Manöver im Geschäftsbereich »News Media« in Deutschland zu sehen. Im Februar 2023 hat Döpfner drastischen Stellenabbau angekündigt, zudem verlangte er eine Steigerung des Ebitda-Profits (nicht des Umsatzes) um 100 Millionen Euro in zwei Jahren. Ende 2023 wurden das Portal Upday angezählt und das Senderformat Bild-TV liquidiert. Jüngst hat der Vorstandschef verkündet, dass er einen Großteil der journalistischen Tätigkeiten von Textrobotern (»künstliche Intelligenz«) erledigen lassen will.
Quelle: junge Welt

15. **Veranstaltungshinweis**
20.07.2024: Menschenkette in Berlin – Frieden für Europa jetzt!
Treffpunkte:
Botschaft der Russischen Föderation, Unter den Linden 63-65, 10117 Berlin
Botschaft der Ukraine, Albrechtstrasse 26, 10117 Berlin
Datum / Uhrzeit: 20.07.2024 (Samstag)
Treff ab 09:30
offizielle Aktionszeit: 10:00 bis 12:00 Uhr
Ablauf: Wir treffen uns an beiden Botschaften und bilden die Kette von beiden Enden aus. Der Weg wird mit weißer Kreide in Form von Tauben auf dem Bürgersteig markiert sein. Ein paar Reden via fahrbarer Lautsprecher werden entlang der Menschenkette gehalten.
Um eine geschlossene Menschenkette für >> Frieden in Europa – Jetzt! << hinzubekommen, brauchen wir mindestens 1.000 Teilnehmer. Zeigt mit uns gemeinsam Gesicht für Frieden in Europa!
Quelle: Freie Presse News